

Antrag

„Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!“

Antragssteller: Distrikt Hamburg-Schnelsen

angenommen

abgelehnt

nicht behandelt

überwiesen an:

Landesparteitag

Bürgerschaftsfraktion

An den **Bundesparteitag**

Antragstext

Das Bundestagswahlprogramm 2017 erweitert den Begriff der Gerechtigkeit auch auf die nachfolgenden Generationen und die vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen wie folgt:

„Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!“

Das Sozialdemokratische Energiekonzept für eine gerechte und verantwortungsbewusste Gesellschaft

Unser Leitbild:

- Ressourcenverbrauch mit Verantwortung für künftige Generationen,
- Soziale Gerechtigkeit bei den Energiepreisen,
- Klima-Verantwortung für alle Erdbewohner und künftige Generationen.

Unsere Zielsetzungen:

- Nachhaltigkeit als Maßstab
- Bürgerbeteiligung als Methode
- Innovationen und Arbeitsplatzsicherung
- Energie-Verbrauch reduzieren als Standard
- Energie-Rückgewinnung grundsätzlich nutzen

Die sozialdemokratische Partei war bei vielen gesellschaftlichen Innovationsprozessen in den letzten 150 Jahren die treibende Kraft und hat im Verbund mit starken Gewerkschaften, innovativen Vordenkern und dem Gemeinwesen aufgeschlossenen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Verwaltung substantielle Verbesserungen der Lebensbedingungen für die Menschen erkämpft, nicht zuletzt den Atomkonsens 2000 und den konsequenten Umbau der Energieerzeugung.

Das Bedürfnis der Menschen nach mehr Gerechtigkeit ist größer denn je. Neben der sozialen Gerechtigkeit erwarten viele Bürger heute auch Antworten und Lösungen für die Ressourcengerechtigkeit und im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unserer Energieversorgung.

Die SPD wird in der kommenden Legislaturperiode sich dafür einsetzen, dass

- die Energiepreise und der Gesamtenergieverbrauch auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleiben,

- die Energieversorgung sicher bleibt und die Einzelmaßnahmen miteinander verzahnt und abgestimmt werden,
- die Energiewende auch mit den Bürgern und Kommunen gemeinsam umgesetzt wird,
- neue Arbeitsplätze durch Innovationen entstehen und bestehende Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden,
- die Energieversorgung konsequent auf nachhaltige, d.h. ressourcenschonende Verfahren umgestellt wird,
- die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 gesenkt werden,
- der Atomausstieg und der Umbau der Energieversorgung auch international voran kommt, wofür sich Deutschland auch international einsetzen wird,
- die Energie-Effizienz und -Einsparung ein zentrales Politikfeld in diesem Jahrzehnt wird.

Energieausgaben stabilisieren, Verbrauch senken, soziale Gerechtigkeit

Wir werden angesichts vieler, bislang ungenutzter Energiespar- und Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben. Jeder Haushalt hat Anspruch auf eine kostenfreie Energieeffizienzberatung. Dadurch möchten wir das Bewusstsein für die Eigenverantwortung aller Energieverbraucher stärken. Um den Anreiz für Energieeinsparungen zu erhöhen, werden wir die Stromversorgungsunternehmen verpflichten, mindestens einen progressiven Stromtarif einzuführen. Das kann auch einkommensschwachen Haushalten zugute kommen. Eine tarifgünstige Grundverbrauchsmenge für Strom je Haushalt soll Standard werden. Dabei soll der Anreiz zum Stromsparen jedoch unbedingt erhalten bleiben. Für einkommensschwache Haushalte werden wir ein Förderprogramm zum Austausch von Haushalts-Altgeräten mit niedrigen Energiestandards auflegen.

Die Versorgung mit Wärme und Strom ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir werden dafür sorgen, dass Energienetze und -erzeugung nicht allein nach privatwirtschaftlichen Interessen gesteuert und bewirtschaftet werden. Wir wollen mehr Vielfalt auf den Energiemärkten schaffen und dadurch auch überhöhte Preise und allzu hohe Marktmacht einzelner Akteure verhindern. Wir werden das im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltungsrecht stärken auch im Hinblick auf die Möglichkeit, Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge wieder in kommunaler Eigenregie durchzuführen. Wir werden dazu unter anderem die Regelungen zur Vergabe von Konzessionen für leitungsgebundene Strom-, Gas- und Wärmenetze so konkretisieren, dass Rechtssicherheit insbesondere über die Modalitäten der Übertragung der Netze bei einem Wechsel des Konzessionsinhabers besteht. Es soll eine den Wechsel nicht behindernde Bewertungsmethode festgelegt werden. Die Geltung der Regelungen soll sich – soweit rechtlich zulässig – auch auf Endschaftsklauseln in Altverträgen erstrecken.

Sichere Stromversorgung, Flexibilisierung, bessere Koordinierung

Wir werden die Stabilität und Qualität der Energieversorgung weiter erhöhen durch Fortentwicklung der qualitätsorientierten regelmäßigen Kontrolle der Strom- und Gasverteilnetz-Betreiber. Schon bei der Vergabe der Netz-Konzessionen werden wir klare und transparente Regeln für mehr Rechtssicherheit für alle Verfahrensbeteiligten und für mehr Qualität aufstellen und die Einführung sowie den Ausbau innovativer umweltschonender Technik fördern.

Im Übertragungsnetzbereich sind große Investitionen nicht nur in die Modernisierung, Erweiterung und den Offshore-Anschluss notwendig. Dabei gilt es, dass der Netzausbau grundsätzlich dem

Ausbau der erneuerbaren Energien zu folgen hat. Gleichzeitig werden wir den Weg ebnen, damit Strom aus erneuerbaren Energien bedarfsgerecht zwischengespeichert werden kann. Das erfordert weitere Investitionen in Großspeicher, die angesichts der Bedeutung von Windenergie für die Energiewende insbesondere in Norddeutschland gebraucht werden. Die Transparenz hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit sind dabei für uns eine Voraussetzung und kein Hindernis. Die Umweltverträglichkeit der Offshore-Energieerzeugung ist wissenschaftlich zu begleiten.

Schließlich werden wir alle technischen Möglichkeiten nutzen, um den Verbrauch, neue Speichieranlagen und alle Erzeugungsanlagen, sei es nun aus erneuerbaren oder noch aus fossilen Energien, flexibler zu gestalten und besser aufeinander abzustimmen. Dazu werden wir kosteneffiziente Flexibilisierungsmechanismen einführen, die wirksame Anreize für alle Akteure bieten. Die heutigen Rahmenbedingungen für den Strommarkt werden wir so weiter entwickeln, dass Klimaschutz, Flexibilität und Versorgungssicherheit angemessen berücksichtigt werden.

Wir werden alle Steuerungs- und Koordinierungsarbeiten in sämtlichen Energienutzungs-sektoren – Elektrizität, Wärme und Mobilität – in einem neu geschaffenen Energie-ministerium zusammenfassen und dafür die notwendigen Kompetenzen zuordnen. Wir beenden die Dauer-Blockade zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium und gestalten und verzahnen die vielen Einzelmaßnahmen des Umbaus hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Wir werden einen in Konsultationen abgestimmten und jährlich überarbeiteten „Masterplan Energiewende“ vorlegen.

Notwendig ist auch die „Energiewende von unten“

Die Energiewende gelingt nur mit den Menschen, mit den kleinen und großen Energie-verbrauchern und der Einbeziehung aller Akteure in die Verantwortung. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Stadtwerke, Genossenschaften und einzelne Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit haben, eine demokratisch kontrollierte und dezentral organisierte Energieversorgung aufzubauen.

Die Energiewende erfordert große Investitionen. Investitionen, die auch Erträge bringen. Viele Bürger suchen sichere Anlagemöglichkeiten und wollen sich gleichzeitig auch aktiv einbringen in den Umbau der Energiesysteme. Wir werden daher insbesondere die Möglichkeiten von Bürgerbeteiligungen weiter ausbauen, damit Bürger und Bürgergenossenschaften sich an Investitionen in allen Wertschöpfungsstufen des Energiesystems finanziell beteiligen können.

CO2-Ausstoß konsequent reduzieren, Innovationen fördern

Der von Rot-Grün im Jahr 2000 forcierte und konsequent gestaltete Rahmen für den nachhaltigen und CO2-neutralen Umbau der Energieversorgung hat innerhalb von 12 Jahren zu über 400.000 neuen Arbeitsplätzen geführt. Im Jahr 2020 werden es mehr als 600.000 sein. Wir werden Innovationen und Pionierleistungen, die von kreativen Menschen und erfolgreichen Unternehmen in Deutschland für die Umsetzung der Energiewende tagtäglich geleistet werden, verstärkt fördern. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass auch in diesem dynamisch wachsenden Wirtschaftszweig faire Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Wir werden darauf hinwirken, dass Anbieter von Ökostrom und Hersteller von Erneuerbare-Energien-Anlagen sowie deren Auftragsunternehmen gute Sozialstandards einhalten und nicht von Dumpinglöhnen profitieren.

Wir wollen, dass die Unternehmen ihre internationale Führungsrolle bei den Themen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit weiter ausbauen und ein auf die Unternehmensgröße abgestimmtes

Energiemanagementsystem implementieren. Energieintensiven Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und bei denen die Energiekosten direkte Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit haben, sollen aber durch den Umbau der Energieversorgung keine Nachteile haben.

Unser Ziel: nachhaltige Energieversorgung, Ressourcen schonen

Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen und Energie. Daraus entstehen die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen:

- Wie verhindern wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die mit der Industrialisierung verbundene Übernutzung unserer Umwelt?
- Wie machen wir unsere Wirtschaft unabhängiger von Rohstoffen, die nur begrenzt auf der Erde verfügbar sind und deren Preise steigen werden?
- Wie verhindern wir eine Ressourcenausbeutung der Dritten Welt ?

Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Um den Wandel zu gestalten, brauchen wir eine neue Fortschrittsidee: „Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!“

Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass spätestens im Jahre 2050 die vollständige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien erreicht wird. Dazu werden wir das EnWG, das EEG, das Stromsteuergesetz und andere Regelungen schrittweise so weiter entwickeln, dass der Strompreis alle externen Kosten widerspiegelt. Dabei gilt für uns das Grundprinzip der Nachhaltigkeit: Es muss ein Ausgleich zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen stattfinden, damit die Energiewende weder zu Lasten von Arbeitsplätzen noch der sozial Schwachen geht – denn richtig angepackt bietet sie große Chancen für mehr soziale Gerechtigkeit und den Industriestandort Deutschland.

Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass im Jahre 2050 die gesamte verfügbare Energiebedarfsmenge in allen Nutzungsbereichen zu mindestens 90 % aus erneuerbaren Energien stammt. Dafür werden wir auch die Rahmenbedingungen im Wärme- und Mobilitätssektor schaffen.

Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen. In 2020 wollen wir mindestens 45 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil bei mindestens 60 Prozent liegen.

CO₂-Emissionsziele senken, CO₂-Zertifikatehandel grundlegend reformieren

Ein großes Ziel erreicht man nur mit guten Ideen und wenn man bereits den ersten Schritt in die richtige Richtung geht. Und dann den Nächsten. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Umsetzung der Klimaschutzziele wird. Dazu schaffen wir ein Nationales Klimaschutzgesetz, das die erklärten deutschen Klimaschutzziele (-95 % Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber 1990) verbindlich festlegt. Bis 2020 werden wir den gesamten CO₂-Ausstoß Deutschlands gegenüber 1990 um 40% senken. Wir werden stetig steigende Zwischenziele festlegen. Die Zielerreichung wird jährlich durch eine unabhängige Kommission überprüft werden. Das Klimaschutzgesetz enthält

verbindliche Sektorziele für die Bereiche Energieerzeugung, Gebäude, Haushalte, Industrie und Verkehr.

Neben den schon beschriebenen Maßnahmen ist es auch notwendig den CO₂-Zertifikate-handel auf den Prüfstand zu stellen, was bislang vom Bundeswirtschaftsministerium blockiert wurde. Der Vorschlag der EU-Kommission, mindestens 900.000 Zertifikate aus dem Handel herauszunehmen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem müssen die Klimaschutzziele in der EU und international erhöht werden. Der CO₂-Ausstoß in der EU muss bei Festlegung stetig steigender Zwischenziele bis 2020 um 30% gegenüber 1990 sinken. Zur Überprüfung brauchen wir eine unabhängige europäische Kommission. Weltweit werden wir nicht umhin kommen, uns an den Kosten des Klimaschutzes zu beteiligen, um den Klimaschutz international voranzubringen. Dafür werden wir uns einsetzen.

- Verschmutzung und CO₂-Emissionen müssen endlich spürbare Kosten verursachen!
- Saubere und nachhaltige Energienutzung und –Rückgewinnung müssen sich lohnen!

Wir werden ergänzend die Einführung einer CO₂-Abgabe und alternativ die Differenzierung der Stromsteuer nach der CO₂-Bilanz des Primärenergieträgers prüfen. Mit einer CO₂- Abgabe werden wir notwendige Infrastrukturmaßnahmen für den nachhaltigen Umbau des Energiesystems finanzieren.

Ausstieg aus der Atomenergie international voranbringen

Atomenergie darf nicht zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich erneuerbare Energien so schnell wie möglich auch international durchsetzen. Dazu gehört es, dass wir uns auch international für einen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Um den Ausstieg aus der Atomenergie international zu fördern ist es notwendig, dass Deutschland keine Atomtechnologie mehr exportiert und keine Export-Bürgschaften mehr für derartige Geschäfte gibt. Auch dürfen die deutschen Landesbanken derartige Projekte im Ausland nicht mehr finanzieren.

Energieeffizienz und Energieeinsparung: Mehr Ressourcengerechtigkeit

Im Bereich der Wärme-Erzeugung, Wärme-Nutzung und Wärme-Rückgewinnung liegen noch große unerschlossene Potenziale, die wir durch die konsequente Förderung von

- energetischen Gebäudemodernisierungen,
- Einbauten kleiner und mittlerer KWK-Anlagen, die mit nachhaltig erzeugten Energieträgern betrieben werden,
- elektrisch betriebene Wärmepumpen
- und Wärmerückgewinnung

erschließen werden. Durch energetische Gebäudesanierungen darf der Anstieg der Kaltmieten jedoch nicht die Ersparnis durch Energieeinsparung überschreiten.

Im Mobilitätsbereich werden wir gezielt den öffentlichen Nah- und Fernverkehr fördern, neue Mobilitäts-Nutzungskonzepte etablieren und die Entwicklung und den Markteintritt nachhaltiger Antriebs- und Treibstoffkonzepte unterstützen. Wir wollen, dass die nachhaltigen Mobilitäts- und Antriebskonzepte in Deutschland entwickelt und zuerst hier flächendeckend eingesetzt werden.

---- **Ende Antragstext** ----